

Wortprotokoll*

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Unter Zuladung des Ausschusses für Arbeit, Integration und Frauen und des Ausschusses für Bauen, Wohnen und Verkehr
--

4. Sitzung
12. März 2012

Beginn: 12.08 Uhr
Schluss: 14.17 Uhr
Vorsitz: Dr. Wolfgang Albers (LINKE)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Wir kommen zu

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Zur Situation obdachloser Frauen in Berlin,
Probleme, Erkenntnisse und Handlungsbedarf**
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0005](#)
GesSoz

Ich gehe davon aus, dass wir zu diesem Punkt ein Wortprotokoll anfertigen lassen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann machen wir das so. Ich begrüße dazu die Anzuhörenden – und danke ihnen für die vorab übermittelten Stellungnahmen – Frau Zimmermann von der Wohnungslosenhilfe des Diakonischen Werks, Frau Köppen von FrauenbeDacht/GEBEWO und Frau Krägeloh von der Notübernachtung für Frauen in Berlin. Ich sehe jetzt noch eine vierte Dame. – [Zuruf] – Frau Heise, ebenfalls von Notübernachtung für Frauen in Berlin! Vielen Dank!

* Die in der gedruckten Fassung des Protokolls schwarz-weiß sichtbaren Abbildungen sind in der PDF-Datei in der Dokumentation des Abgeordnetenhauses in den Originalfarben dargestellt.

Ich begrüße auch die Mitglieder der zugeladenen Ausschüsse für Arbeit, Integration und Frauen sowie Bauen, Wohnen und Verkehr. Wird das Wort zur Begründung des Besprechungsbedarfs gewünscht? – Da alle Fraktionen den Punkt angemeldet haben, glaube ich, können wir uns das schenken, wenn Sie einverstanden sind, und gleich zur Anhörung kommen. Ich würde vorschlagen, dass Frau Zimmermann beginnt. – Bitte schön, Frau Zimmermann!

Ina Zimmermann (Wohnungslosenhilfe des Diakonischen Werks): Vielen Dank für die Einladung! Ich bin beim Diakonischen Werk Referentin für Armutsbekämpfung, Wohnungslosenhilfe und Soziale Dienste. – Zu den Problemen obdachloser Frauen in Berlin: Die Anzahl der Wohnungsnotfälle von in Berlin lebenden Frauen lässt sich nur schwer bestimmen. Nur wenige Frauen leben erkennbar obdachlos auf der Straße. Wohnungslosigkeit von Frauen ist häufig nicht sichtbar. Die Frauen leben in provisorischen Übernachtungsmöglichkeiten bei Bekannten, versuchen, sich auf andere Weise ein Dach über dem Kopf zu verschaffen, oder gehen Zweckbeziehungen ein, um Obdachlosigkeit zu vermeiden. Wohnungslose Frauen geben sich zumeist die größte Mühe, unauffällig zu bleiben, ihre Wohnungslosigkeit verdeckt zu leben und ihre Notlage zu verbergen.

Der überwiegende Teil wohnungsloser Frauen hat Gewalterfahrungen gemacht, oft kumuliert und über alle Lebensphasen mit gravierenden somatischen, psychosomatischen, psychischen und sozialen Folgeproblemen. Sie können sich oft nur schwer öffnen und Vertrauen fassen. Der Zugang zum Hilfesystem ist entsprechend erschwert. Daher kann von einer hohen Dunkelziffer wohnungsloser Frauen ausgegangen werden. Schätzungsweise 30 Prozent der wohnungslosen Menschen in Berlin sind Frauen. Statistische Zahlen werden in den zwölf niedrigschwelligen Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe, also z. B. den Beratungsstellen, den Bahnhofsdiensten, den Notübernachtungen und der Straßensozialarbeit sowie in den höherschwelligen Hilfen im betreuten Wohnen erhoben.

Im Jahr 2010 wurden knapp 3 400 Hilfeangebote durch die niedrigschwelligen Einrichtungen von Frauen wahrgenommen. Aus Sicht der Fachkräfte hatten 36 Prozent der Frauen erkennbar Probleme mit der psychosozialen Stabilität und 15 Prozent erkennbare Suchtproblematiken. In den höherschwelligen Hilfen wurden im Jahr 2010 insgesamt knapp 4 160 Frauen betreut. Davon waren nach Ansicht der Fachkräfte 30 Prozent psychisch auffällig und 12 Prozent ärztlich diagnostiziert psychisch krank. Weder zu den bezirklich geförderten Angeboten noch zu den in der Eingliederungshilfe betreuten Frauen liegen uns genaue Zahlen vor.

Bei den genannten Zahlen handelt es sich folglich lediglich um einen Ausschnitt der genannten Zielgruppe. Insbesondere wohnungslose psychisch kranke Frauen, Frauen mit Gewalterfahrung und suchtkranke Frauen erreichen aufgrund hoher Zugangsvoraussetzungen in dem jeweiligen Hilfesystem häufig keine Aufnahme. Zu den häufigsten Ursachen von Wohnungslosigkeit gehören Gewalterfahrungen, gesundheitliche Beeinträchtigungen, z. B. Suchtproblematiken oder psychische Erkrankungen, Armut, geschlechtsspezifische Benachteiligungen, Mangel an persönlichen, materiellen und sozialen Ressourcen.

Gewalt hat erhebliche Auswirkungen auf die Gesundheit von Frauen. Die Folgen von Gewalt reichen von Verletzungen sowie psychischen und körperlichen Erkrankungen über das Zurückgreifen auf Alkohol, Medikamente oder Drogen infolge der Gewaltsituation bis hin zu sozialen Beeinträchtigungen und Isolation. Gewaltbetroffene Frauen haben aufgrund ihrer

besonderen Gefährdung, aufgrund von Ohnmachtgefühlen, Scham, Schuldgefühlen sowie geringer eigener Ressourcen in der Regel nur eingeschränkte Möglichkeiten, sich Hilfe zu holen oder sich aus eigener Kraft zur Wehr zu setzen. Unterstützungsangebote sind für viele dieser Frauen nur schwer annehmbar. Auch in der Obdachlosigkeit selbst sind Frauen häufig gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt. Um ihr Dach über dem Kopf nicht zu verlieren, verbleiben sie außerdem in bestehenden, gewaltgeprägten Beziehungen oder gehen in der Wohnungslosigkeit weitere Zweckbeziehungen und Abhängigkeiten ein, da sie sich in einer Beziehung Schutz und Sicherheit erhoffen.

Zu den Erkenntnissen: Die Ursachen und Erscheinungsformen von Wohnungslosigkeit bei Frauen unterscheiden sich maßgeblich von denen wohnungsloser Männer. Daraus ergibt sich, dass sich auch die Bedürfnisse und Bedarfe von Frauen von denen der Männer unterscheiden. Dennoch ist das Berliner Hilfesystem überwiegend auf die Bedürfnisse von Männern ausgerichtet. Nicht nur aufgrund der Gewalterfahrungen benötigen Frauen besonderen Schutz. Gemischtgeschlechtliche Notübernachtungsstellen beispielsweise können diesen Schutz nicht bieten. Frauen können sich daher häufig nicht dazu überwinden, Hilfeangebote anzunehmen, die gemischtgeschlechtlich sind. Frauenspezifische Einrichtungen, zu denen Männer keinen Zugang haben, sind daher dringend erforderlich, damit Frauen aus der verdeckten Wohnungslosigkeit überhaupt ins Hilfesystem gelangen.

Wohnungslose Frauen nehmen oftmals nur die niedrigschwelligen Angebote der Wohnungslosenhilfe in Anspruch, da es für sie äußerst schwierig ist, den Zugang zu höherschwelligen Hilfen zu erhalten. Zwar gibt es in Berlin gut ausgebaute Hilfesysteme, z. B. für die Bereiche Wohnungslosenhilfe, Psychiatrie, Suchtkrankenhilfe, und Frauen unterstützende Einrichtungen für von Gewalt betroffene Frauen. Allerdings können wohnungslose Frauen die Hilfeformen aufgrund der beschriebenen spezifischen Problemlagen häufig nur schwer erreichen. Die Schnittstellen zu diesem jeweils höherschwelligen Hilfesystem werden noch nicht in ausreichendem Maß bearbeitet, um eine bedarfsgerechte und nachhaltige Versorgung der wohnungslosen Klientinnen zu erreichen. Dies gilt insbesondere bei Frauen mit Doppeldiagnosen, z. B. psychisch kranken mit einer Suchtproblematik.

Die Frauenhäuser sind auf wohnungslose sucht- oder psychisch erkrankte Frauen nur begrenzt eingerichtet. Die psychiatrischen Hilfen und die Wohnungslosenhilfe sind von ihren Strukturen her weder regelhaft auf die spezifischen Notlagen und den spezifischen Hilfebedarf von Frauen mit psychischen Auffälligkeiten und Erkrankungen eingestellt, noch sind die Angebote untereinander in ausreichendem Maße vernetzt. Suchtmittelgebrauch und das Fehlen einer Krankheitseinsicht schließen oftmals die Aufnahme in die Suchtkrankenhilfe oder in psychiatrische Hilfeformen aus.

Erschwerend kommt hinzu, dass in diesen Hilfesystemen hohe Zugangsvoraussetzungen erfüllt werden müssen. Frauen, die über einen längeren Zeitraum viel Kraft aufgewendet haben, um ihre Wohnungslosigkeit zu verdecken, die von negativen Erfahrungen geprägt sind und Misstrauen aufgebaut haben, müssen sich in einem Antragsverfahren offenbaren. In den niedrigschwelligen Angeboten der Wohnungslosenhilfe sind ausreichende persönliche Hilfen und psychologische Unterstützungsangebote in der Regel nicht vorhanden. Für gewaltbetroffene, psychisch erkrankte wohnungslose Frauen hat das zur Folge, dass sie dauerhaft in den niedrigschwelligen Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe verbleiben oder sich wieder in Abhängigkeitsverhältnisse begeben, da sie nur noch über geringe eigene Mittel und Ressourcen ver-

fügen und keine andere Möglichkeit sehen, ihre Wohnungslosigkeit zu beenden. Unter anderem dringend erforderlich sind aufgrund der multiplen Problemlagen und dem meist desolaten psychischen und physischen Gesamtzustand der Frauen niedrigschwellige Zugänge in weiterführende Hilfesysteme.

Zum Handlungsbedarf: Das FrauenbeDacht in der Bornemannstraße ist mit 36 Plätzen die größte von derzeit drei frauenspezifischen Einrichtungen im Bereich des Ordnungsrechts. Bereits der Übergang von der Notübernachtung in eine ASOG-Einrichtung ist für die Klientinnen aufgrund der behördlichen Voraussetzungen häufig mit Schwierigkeiten verbunden. Allein die Beschaffung der notwendigen Unterlagen zur Antragstellung ist vielen Frauen nur schwer möglich. Im Gegensatz zur reinen Notübernachtung bietet eine ASOG-Einrichtung aber weitaus mehr Schutz und Sicherheit für wohnungslose Frauen. Der Aufenthalt ist auch tagsüber gestattet und die Verweildauer nicht auf wenige Tage begrenzt. Es werden dringend mehr frauenspezifische ASOG-Einrichtungen, insbesondere mit psychologisch ausgebildetem Fachpersonal benötigt. Um den Zugang zu höherschweligen Hilfen vor allem für Frauen mit Mehrfachproblematiken zu gewährleisten, ist eine frauenspezifische Einrichtung der Eingliederungshilfe mit niedrigschwelligem Zugang speziell für diesen Personenkreis wünschenswert, um den bereits häufig länger andauernden Prozess bis zum Hilfebeginn in geschütztem Raum und mit entsprechendem Fachpersonal begleiten zu können. Die Notübernachtung für Frauen in der Tieckstraße ist als berlinweit einzige ganzjährig geöffnete Frauennotübernachtung mit acht Betten und zwei Notbetten nicht ausreichend ausgestattet. Im Jahr 2011 mussten 330 Klientinnen abgewiesen werden, weil die Einrichtung voll belegt war. Das Diakonische Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz empfiehlt daher eindringlich die Aufstockung der Notübernachtung um zwei weitere Plätze.

Durch die Akquise erheblicher Spendenmittel konnte von unserer Mitgliedsorganisation GEBEWO gGmbH seit Oktober 2009 ein mehrjähriges Modellvorhaben zur Entwicklung und Erprobung neuer therapeutischer Ansätze in der Arbeit mit traumatisierten wohnungslosen Frauen durchgeführt werden. Für die Dauer von drei Jahren wurde so, ausschließlich aus Spenden finanziert, der Einsatz einer Sozialpädagogin für das Projekt „FrauenbeWegt“ und einer Psychologin in der ASOG-Einrichtung „FrauenbeDacht“ finanziert. Ziel war es, neue sozialpädagogische und psychologische Ansätze zu erproben und die Wirksamkeit dieser in einer umfassenden Auswertung der Erkenntnisse aus diesen beiden Projekten zu messen. Durch Vertrauensbildung und persönliche Hilfen über die üblicherweise in Notübernachtungen und ASOG-Einrichtungen bestehende Versorgung hinaus sollte die Überleitung in weitere Hilfeformen erleichtert werden. Die Auswertung liegt mit der von Frau Krägeloh und Frau Köppen noch vorzustellenden empirischen Effektstudie vor. Durch die persönliche und psychologische Stabilisierung und mithilfe von sozialpädagogischer und psychologischer Unterstützung konnte die Vermittlung gewaltbetroffener psychisch erkrankter wohnungsloser Frauen in weiterführende Hilfen deutlich verbessert werden. Die Modellprojekte haben somit eindeutig nachgewiesen, dass eine intensive sozialpädagogische und psychologische Hilfe für die betroffenen Frauen dringend notwendig ist und sich längerfristig auszahlt. Die vom Diakonischen Werk akquirierten Spendenmittel standen für die Erprobung der neuen sozialpädagogischen und psychologischen Ansätze und die Messung deren Wirksamkeit für die Dauer von drei Jahren zur Verfügung. Die Finanzierung eines regelhaften Angebots ist über Spendenmittel jedoch nicht möglich. Das Diakonische Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz empfiehlt daher mit Nachdruck, das Angebot sozialpädagogischer und therapeutischer Hilfen zu verstetigen und jeweils eine Personalstelle einer Sozialpädagogin und einer Psychologin mit einem Stellenumfang von jeweils 100 Prozent Regelarbeitszeit einzurichten. – Vielen Dank!

Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Vielen Dank, Frau Zimmermann! – Frau Köppen, bitte!

Britta Köppen (FrauenbeDacht): Vielen Dank, Frau Zimmermann, für die ausführliche Darstellung unserer Problematik, mit der wir heute hier vorsprechen! Meine Kollegin aus der Notübernachtung und ich – Köppen ist mein Name, ich bin Psychologin in „FrauenbeDacht, wie Frau Zimmermann eben schon erwähnte – möchten Ihnen gern noch detaillierter zu einigen Punkten, die Frau Zimmermann gerade nannte, unsere Ergebnisse der beiden Modellprojekte vorstellen. Dazu brauchen wir anfangs vielleicht nicht mehr allzu viel zur Zielgruppe wohnungslose gewaltbetroffene und psychisch erkrankte Frauen zu sagen. Dennoch wollten wir anfangs auf das, was Frau Zimmermann schon aufgriff mit den multiplen Problemlagen der Frauen, eingehen und anhand einer Darstellung zeigen, dass wir es mit einer Zielgruppe zu tun haben, die sich im Hilfesystem verdeckt aufhält und lange im Hilfesystem unterwegs ist. Es sind Frauen – wir beziehen uns in den beiden Projekten auf die wohnungslosen Frauen – mit Problemlagen in ganz unterschiedlichen Bereichen, so wie sie hier dargestellt sind. Häufig sind es Problemlagen, die dann auch erst im Rahmen des Hilfeprozesses zutage treten. Meistens sind es Problemlagen, die weiterführende Hilfen erschweren bzw. auch behindern können.

The image shows the cover of a report titled "Wohnungslose Frauen in Berlin". The title is in a large, blue, sans-serif font. Below the title is a small yellow circle. The main body of the cover is light blue and contains the following text in a smaller, black, sans-serif font: "PROBLEME-ERKENNTNISSE-HANDLUNGSBEDARF", "AUSSCHUSS GESUNDHEIT UND SOZIALES", "ABGEORDNETENHAUS BERLIN", and "12.03.2012". To the right of this text, it says "ES INFORMIEREN:" followed by a list of organizations: "NOTÜBERNACHTUNG FÜR FRAUEN, GEBEWO – SOZIALE DIENSTE", "FRAUENBEDACHT, GEBEWO – SOZIALE DIENSTE", and "VORSTAND DER ÜBERPARTEILICHEN FRAUENINITIATIVE, „BERLIN-STADT DER FRAUEN“". At the bottom of the cover, there are four logos: "Diakonie Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz", a stylized sun and cityscape logo, "FrauenbeDacht", and "GEBEWO - Soziale Dienste". On the far right, there is a small illustration of the Brandenburg Gate.



Martina Krägeloh (Notübernachtung für Frauen Berlin): Man muss beachten, dass all diese Problemlagen auch schon im niedrighwelligen Bereich, in der Notübernachtung oder im ASOG, berücksichtigt werden müssen, weil die Hilfen nachhaltig sein sollten, und es – wie Frau Zimmermann schon erwähnt hat – Voraussetzungen gibt für die Inanspruchnahme weiterführender Hilfen, die in dem Bereich geklärt werden müssen. Das heißt, wir haben im niedrighwelligen Bereich zum einen Frauen, die in sehr vielen Bereichen Probleme mitbringen, und wir haben auch immer mehr Frauen, die wir gar nicht versorgen können, weil wir keine freien Plätze haben. Sie sehen, dass es sich dabei auch nicht um die immer gleichen 200 bis 300 Frauen im Jahr handelt, sondern es zum Großteil immer neue Frauen sind, die uns vor Aufnahme noch nicht bekannt gewesen sind.

Versorgungslage - niedrigschwellige Wohnungslosenhilfe -

3

Anzahl Klientinnen in NüF und Anzahl abgewiesener Anfragen.

Notübernachtung für Frauen	2008	2009	2010	2011
Gesamt	190	207	281	225
Neu	145 (76,3%)	172 (83,0%)	226 (79,4 %)	187 (83,1 %)
Bekannt	45 (23,7%)	35 (17%)	55 (20,6 %)	38 (16,9 %)
Abgewiesene Anfragen, weil „voll“	138	180	175	330

M. Krägeloh, B. Köppen, E.-M. Heise 12.03.2012

Die Multiproblemlagen der Frauen stellen das Hilfesystem, das zwar eigentlich gut ausdifferenziert ist, aber eben problembezogen strukturiert, aus verschiedenen Perspektiven vor einige Probleme.

Problembereiche – Versorgung wohnungsloser, psychisch erkrankter Frauen

4

Gesundheit	Soziales
<p>Bereich Psychiatrie:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➢ Ängste, Stigmatisierung ➢ Kürzere Liegezeiten ➢ Wartezeiten (ambulant/stationär) ➢ keine stationäre Therapie bei ungesicherter Unterkunft ➢ selektive Einschlussindikationen vs. komplexe Störungsbilder (Bsp.: Integrierte Versorgung) ➢ Lange Begutachtungsphase für EGH nach 53 SGBXII ➢ Steuerung nach Herkunftsbezirk ➢ Probleme mit Zuständigkeiten und Kommstruktur ➢ Entlassungen aus Psychiatrie ins Obdach ➢ Mangelnde Kommunikation zw. Psychiatrie und WLH 	<p>Bereich Wohnungslosenhilfe:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➢ Steigende Anfragenzahlen ➢ Versorgung psychisch erkrankter Frauen ohne psych. Fachpersonal ➢ Mangel an Plätzen und zielgruppenspezifischen Einrichtungen ➢ Unzureichende personelle Ausstattung ➢ Notübernachtung/Obdach = „Auffangbecken“ für „SystemsprengerInnen“ ➢ Fehlende Umsetzung der Leitlinien zur Hilfe von Wohnungslosen (1998) ➢ Vermittlung in Frauenhäuser bei psych. Erkrankung nicht möglich ➢ Aktuell kein frauenspezifisches Krisenhaus ➢ Ausschluss von Hilfen gem. 67 SGBXII (Soziale Wohnhilfen)

M. Krägeloh, B. Köppen, E.-M. Heise 12.03.2012

Britta Köppen (FrauenbeDacht): Wir haben uns entschieden, einige Problembereiche hier mit aufzulisten. Aus meiner Erfahrung als Psychologin im FrauenbeDacht und vor allen Din-

gen in der interdisziplinären Arbeit in meinem Team und der Vermittlung der Frauen aus dem FrauenbeDacht heraus waren uns die hier aufgelisteten Problempunkte wichtig. Ich möchte nur ein paar herausgreifen und benennen. Zum einen haben wir es bei der Vermittlung von Frauen aus dem FrauenbeDacht in den letzten Jahren zunehmend mit Problemen im Bereich Psychiatrie zu tun, zum einen mit kürzeren Liegezeiten und zum anderen generell mit längeren Wartezeiten in der therapeutischen Versorgung. Es gibt Frauen, die bei uns in der Beratung an der Therapiemotivation arbeiten und dann schwer vermittelt werden können, weil einerseits Plätze fehlen und andererseits häufig auch eine Bedingung für eine beispielsweise stationäre Therapie eine gesicherte Wohnunterkunft ist, die die Frauen, wenn sie bei uns im Obdach wohnen, nicht haben.

Es wurde in den letzten zweieinhalb Jahren des Modellprojekts „Psychologin im FrauenbeDacht“ immer klarer für uns, dass die Begutachtungsphase für die Eingliederungshilfe nach § 53 SGB XII eine sehr lange Phase ist, die häufig im Zeitraum zwischen sechs Monaten und einem Jahr liegt. Wenn man sich vorstellt, dass dann die Obdächer, die eigentlich ohne psychologisches Fachpersonal ausgerichtet sind, verstärkt mit weniger Fluktuation zu tun haben, weil die Frauen länger im Obdach bleiben, weil allein die Begutachtungsphase schon so lange dauert, wird da ein erneutes Systemproblem deutlich. Die Entlassungen aus der Psychiatrie ins Obdach sind angestiegen. Im Verlauf unserer Studie konnten wir eine ansteigende Anzahl an Entlassungen aus verschiedenen Psychiatrien im Land Berlin verzeichnen. Die Frauen kommen dann teilweise über eine gute Kommunikation zu uns ins Obdach, in den meisten Fällen aber über eine mangelnde Kommunikation. Das heißt, wir haben dann in der Aufnahme eine schwer psychisch erkrankte Frau, von der wir so gut wie gar nichts wissen, die aus der Psychiatrie entlassen wird und dann bei uns im Obdach untergebracht werden soll.

Des Weiteren gibt es auch Problemfelder im sozialen Bereich.

Martina Krägeloh (Notübernachtung für Frauen Berlin): Frau Zimmermann hat es schon angesprochen: Es gibt insgesamt zu wenig Plätze und zu wenig Einrichtungen, die auf frauenspezifische Bedarfe ausgerichtet sind. Auch der Anti-Gewaltbereich ist nicht auf wohnungslose psychisch erkrankte Frauen ausgelegt, sodass wir da auch eine Schnittstellenproblematik haben.

Insgesamt entwickelt sich die niedrigschwellige Wohnungslosenhilfe immer mehr zu einem Auffangbecken für gewaltbetroffene psychisch kranke Frauen, die entweder noch nie im Hilfesystem waren und von unten kommen oder aus allen anderen Hilfesystemen herausfallen. Wir haben hier in der niedrigschwelligen Wohnungslosenhilfe einfach kein interdisziplinäres Personal, um diese Frauen angemessen versorgen zu können. Das heißt, die Frauen befinden sich eigentlich an zwei Schnittstellen, und zwar zwischen unten und oben und zwischen den Bereichen Soziales und Gesundheit.

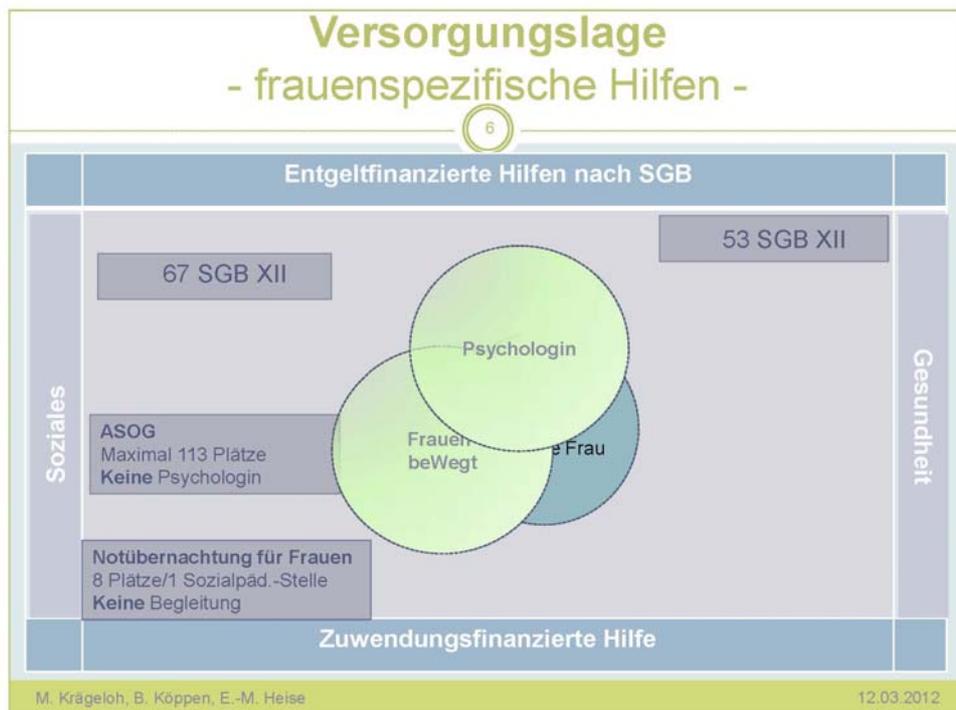
Das ist genau da, wo die Modellprojekte ansetzen: das Projekt FrauenbeWegt an der Schwelle von den zuwendungsfinanzierten Hilfen in entgeltfinanzierte Hilfen und die Psychologin im FrauenbeDacht an der Schwelle zwischen der Wohnungslosenhilfe und der psychiatrischen Versorgung.

Hilfen für wohnungslose Frauen in Berlin - ganzjährig / geschlechtsspezifisch -

5

53 SGB XII <small>Tagessatzfinanzierung SGB + Rahmenvertrag Berlin</small>	Wohnverbund für Frauen (2011) 6 Plätze TWG / 14 Plätze BEW		
67 SGB XII <small>(für Frauen OHNE psych. Erkrankung)</small> <small>Tagessatzfinanzierung SGB + Rahmenvertrag Berlin</small>	Affidamento, Frauenwohnen Kreuzberg; Frauenwohnstatt Ginko; MIMI-Treff, „Casanostra“, AWO-Frauenwohnen, Gruppenwohnen „Freie Hilfe“; BGW-GEBEWO; Wohnhilfen Bora (Anti-Gewalt); Frau-Sucht- Zukunft e.V. (Sucht)		
ASOG (Obdach) Keine regelfinanzierte Psychologin <small>Tagessatzfinanzierung Rahmenverträge mit den Bezirken</small>	FrauenbeDacht (2008) 36 Plätze	„Czeminskistraße“ (2005) 27 Plätze	„Windenweg“ (2011) 50 Plätze mit Kindern
Zuwendungsfinanzierte Hilfen 1 Sozialpädagoginnen- Stelle	Notübernachtung für Frauen (2003) 8 Betten ganzjährig Abweisungen 2011 weil „voll“: 330		

Wohnungslose Frauen in Berlin 25.01.2012



Das Projekt FrauenbeWegt war deswegen notwendig, weil wir in der Notübernachtung für Frauen zwar eine Beratungsleistung vorhalten können, diese sich aber nach der Leistungsbeschreibung hauptsächlich auf Informationen und Hinweise zum Hilfesystem beschränkt, was nach dem, was Sie jetzt über die Frauen schon gehört haben, sicherlich nicht ausreichend ist, sodass das Projekt FrauenbeWegt mit dem intensiveren Beratungsangebot und – ganz wichtig – mit der Begleitung zu Behörden, die sich im Hilfeprozess als sehr hilfreich darstellt, sehr effektive Ergebnisse hatte. Sie können es hier sehen.

Aktuelles Leistungsangebot

Notübernachtung für Frauen - FbW

7

Notübernachtung für Frauen	„FrauenbeWegt“
<ul style="list-style-type: none"> • Information <ul style="list-style-type: none"> ○ über das gesamtstädtische Angebot bezogen auf den individuellen Hilfebedarf • Beratung <ul style="list-style-type: none"> ○ zur Antragstellung auf Geld- und Sachleistungen ○ Motivation für die Inanspruchnahme von Beratungsstellen, ggf. Vermittlung an weiterführende Hilfen; ○ zu gesundheitlichen Fragen <p>Stellt der/die zuständige Sozialarbeiter/in einen Hilfebedarf fest, der eine kontinuierliche längerfristige Beratung erforderlich erscheinen lässt, erfolgt der Hinweis auf weiterführende Hilfen.</p> <p><small>(Vgl. Leistungsbeschreibung für Projekte der Wohnungslosenhilfe und Straffälligenhilfe in Berlin. Senatverwaltung Gesundheit und Soziales, Berlin 2007, S. 21-23)</small></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Beratung <ul style="list-style-type: none"> ○ Berücksichtigung der <u>psychischen Beeinträchtigung</u> ○ <u>Flexibilität</u> ○ <u>Hilfebeziehung</u> ○ <u>Clearing</u> ○ <u>Kleinschrittiger Hilfeprozess</u> ○ <u>Krisenintervention</u> • Begleitung <ul style="list-style-type: none"> ○ zu Behörden und weiterführenden Einrichtungen • Übernahme <ul style="list-style-type: none"> ○ bei der Bearbeitung von Schreiben, Formularen, Telefonaten, Gesprächen mit Behörden etc.

M. Krägeloh, B. Köppen, E.-M. Heise
12.03.2012

Als Grundlage eines Hilfeprozesses ist die Stabilisierung dieser psychisch kranken Frauen enorm wichtig. Sie sehen hier im Vergleich von dem Beginn bis zum Ende der Hilfe – was im Projekt FrauenbeWegT wenige Wochen sind, im Durchschnitt drei Wochen, in denen wir die einzelnen Frauen betreut haben – eine enorme Verbesserung des psychischen Zustands. In der Notübernachtung selbst, wo wir keine Krisenintervention machen und nicht umfassend beraten können, ist das nicht so.

Ergebnisse Effektstudie*

Zustandsveränderung: Psychischer Status

8

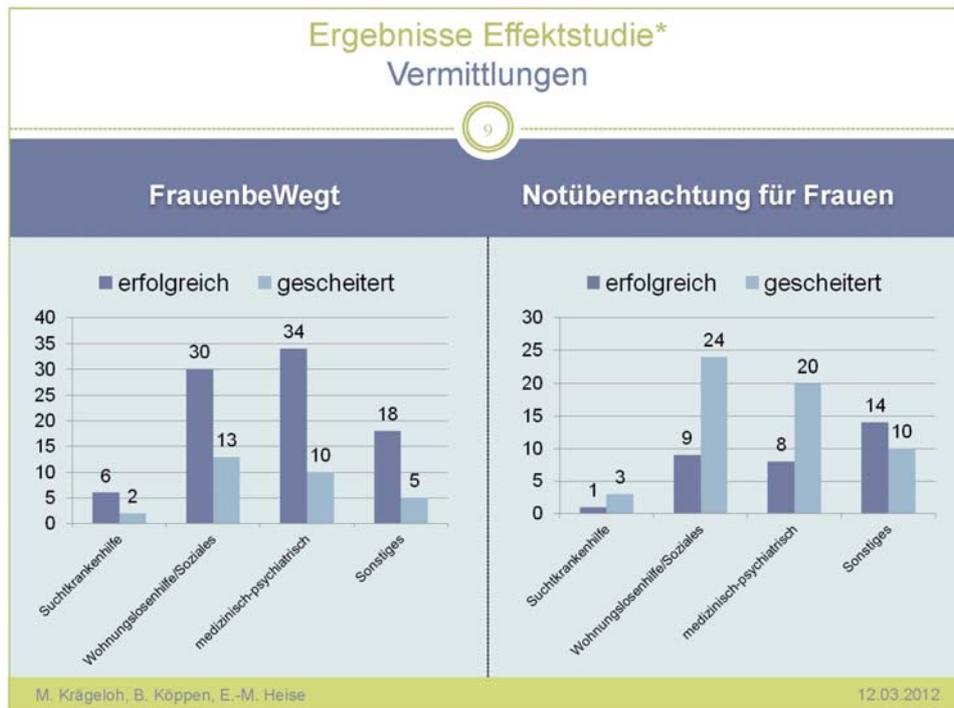
Kategorie	T0 in %	TX in %
Krise	32	18
Belastung	90	48
Emot. Responsivität*	70	32
Impulsivität*	34	18
Depressivität*	62	22
Anspannung	48	24
Antrieb*	18	4
Kognition*	64	30
Psych. Symptome	54	44

Signifikante Verbesserung des psychischen Zustands in **sieben von neun Bereichen**

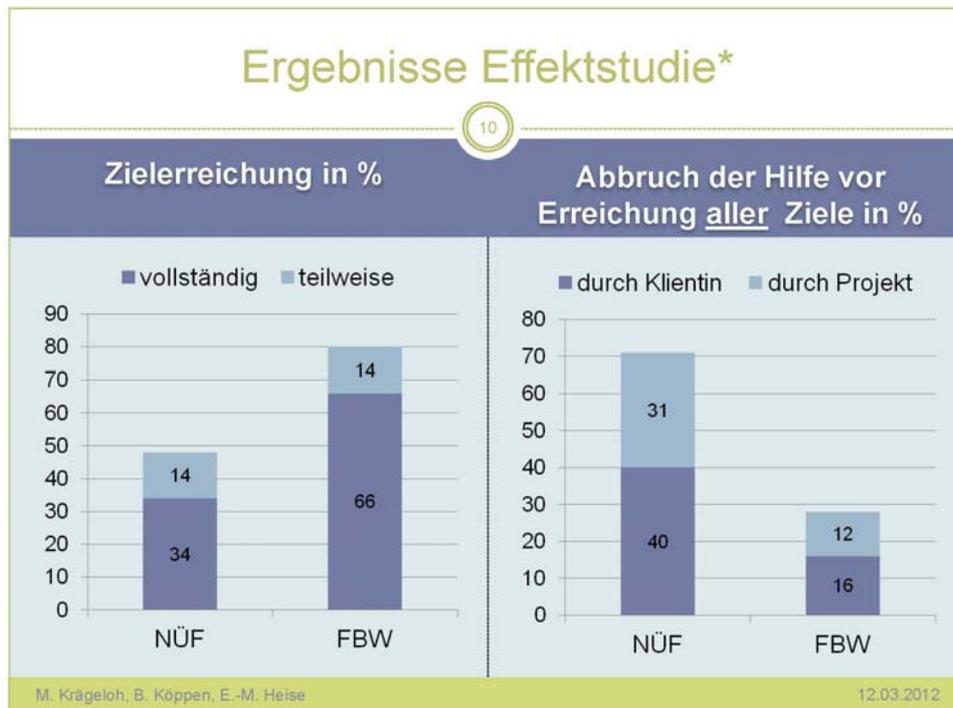
(vgl. NÜF = zwei Bereiche)

* Vgl.: Köppen, Krägeloh, Heise (2011: Empirische Effektstudie FrauenbeWegT und FrauenbeDacht. Zur Untersuchung der Effektivität Sozialpädagogischer Beratung und Psychologischer Beratung in der Versorgung wohnungsloser, psychisch erkrankter Frauen der Stadt Berlin. GEBW – Soziale Dienste – Berlin/Prof. Dr. rer. nat. Petra Schepfer.

M. Krägeloh, B. Köppen, E.-M. Heise
12.03.2012



Die Stabilisierung der Frauen hat – Sie sehen es, es erschließt sich optisch auf den ersten Blick – bei den Vermittlungen enorme Erfolge gezeigt. Wo in FrauenbeWegt das Verhältnis von erfolgreichen zu gescheiterten Vermittlungen sehr positiv ist, ist es in der Notübernachtung umgekehrt. Das bedeutet nicht nur, dass die Frau dann nicht ins Hilfesystem vermittelt worden ist, sondern es bedeutet auch, dass sie selbst eine schlechte Erfahrung gemacht hat, dass sie an sich und den Hilfen sozusagen gescheitert ist. Das ist in der Notübernachtung ganz häufig der Punkt, wo wir die Frauen wieder verlieren, obwohl sie nach langer Zeit in der verdeckten Obdachlosigkeit die Scham überwunden haben und sich ans Hilfesystem gewandt haben. An dem Punkt verlieren wir sie wieder, weil wir dann nicht dabeibleiben können.



Das sehen Sie auch hier auf der rechten Seite. Die Hilfeabbrüche in der Notübernachtung selbst sind ziemlich hoch, entweder weil die Frau, nachdem sie keine Kostenübernahme bekommen oder die Wartezeit auf einen Platz nicht durchgehalten hat, die Hilfe selbst abbricht oder weil wir sie abrechnen müssen, weil der Zeitraum in der Notübernachtung auf relativ kleinem Raum mit anderen Frauen, die ebenso belastet sind, nicht ausgehalten wird. Im Projekt FrauenbeWegt, wo wir Krisenintervention machen können, wo wir viele Gesprächsangebote machen und an den Krisenpunkten auch dranbleiben können, gab es, wie Sie sehen, sehr wenig Hilfeabbrüche. Auf der linken Seite sehen Sie, dass insgesamt die Zielerreichung sehr viel höher war, als das in der Notübernachtung gelungen ist, sodass wir schon mit diesen paar Ergebnissen für das Projekt FrauenbeWegt auf jeden Fall sagen können, dass das, was wir uns mit der Konzeption gedacht und mit dem Projekt bezweckt und uns erhofft haben, sich als funktionierend erwiesen hat.

Britta Köppen (FrauenbeDacht): Im FrauenbeDacht war Ziel der Effektivitätsüberprüfung der psychologischen Beratung herauszufinden, auf welche Art und Weise psychologische Beratung funktionieren kann für die Zielgruppe dieser Frauen, denen häufig nachgesagt wird, dass sie sich dem psychiatrisch-psychologischen Hilfesystem gegenüber sehr schwer öffnen.

Die psychologische Beratung – das wollte ich anhand dieser Folie darstellen – war aufgebaut in einem Setting, das freiwillig, niedrigschwellig, auf Ressourcen fokussiert und eklektizistisch ist. Das heißt, in allen Methodenbereichen des therapeutischen Geschehens war es möglich, Inhalte mit reinzunehmen.



Des Weiteren waren wesentliche Bestandteile der psychologischen Beratung – bzw. sind es noch bis zum September – Krankheitseinsicht als beidseitiger Auftrag, Auftragsklärung und Herstellung einer guten Chemie zwischen mir als Beraterin und der Klientin. Auf der rechten Seite sehen Sie Aspekte wie Compliance – das bedeutet Kooperation –, ein dialogisches Vorgehen und Diagnosen als Arbeitshypothesen. Das sind alles wichtige Punkte, die ich aus meiner Erfahrung in den letzten zweieinhalb Jahren in der Zusammenarbeit mit den Frauen sammeln konnte und die ich auch immer mehr in neueren Ansätzen oder Herangehensweisen, beispielsweise im Psychatriebereich im „Weddinger Modell“ des St.-Hedwig-Klinikums treffe. Ich stelle fest, dass die Zielgruppe obdachloser psychisch stark erkrankter und gewaltbetroffener Frauen diejenige ist, die sich in diesem Setting wohlfühlt und Hilfe tatsächlich annimmt. Wesentlicher Bestandteil der psychologischen Beratung war der Fokus auf die Stabilisierung, weil nur über eine stabilisierte Klientin Weitervermittlung ins weiterführende Hilfesystem möglich ist. Weiterhin war die Weitergabe von Informationen zum Krankheitsbild, zu Prognosen und Krankheitsverläufen ein wichtiger Bestandteil, hier als Psychoedukation zusammengefasst.

Es war uns ein Anliegen, hier darzustellen, wie die Prävalenzzahlen, also die Verteilung der Diagnosen, innerhalb dieser Studie aussahen. Wenn Sie sich die gelbe Spalte anschauen, haben wir Ihnen hier Prozentzahlen in der Diagnoseverteilung aus einer Gesundheitsberichterstattung des Bundes aufgelistet, gleichgesetzt mit den Prozentzahlen aus unseren beiden Projekten. Es ist zu erkennen, dass wir in allen Projekten mit den Kontrollgruppen jeweils weit über dem prozentualen Satz der Störungsbilder aus Fachabteilungen liegen. Wenn man sich vorstellt, dass wir es hier mit einer Sozialpädagoginnenstelle und einer Psychologin zu tun haben in einem Team mit drei weiteren Sozialpädagoginnen, dann ist das ein ziemlich trauriges Bild der Prävalenzzahlen und der Versorgungslage.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Frau Köppen! Ich unterbreche Sie ungern – aber wenn Sie ein bisschen auf die Zeit achten.

Britta Köppen (FrauenbeDacht): Ja! Wir machen schneller.

Psychiatrische Diagnosen nach ICD-10

12

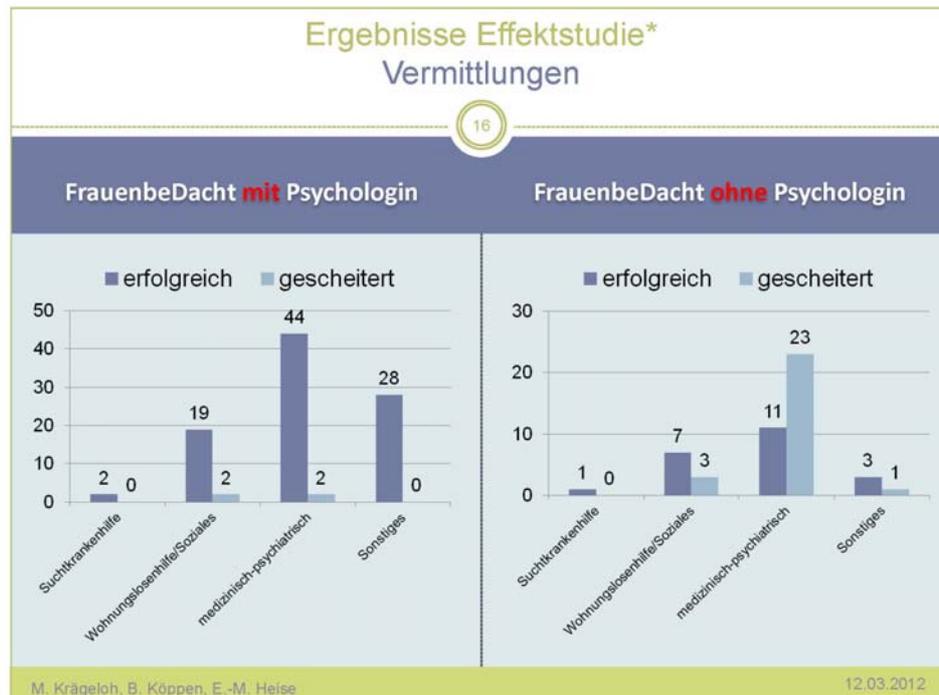
	Gesamt		NÜF		FBW		FBD		FBD KG		Fachabt.
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%	**
N	151		50		50		26		25		275.304
Substanzabhängigkeit	52	35,9	17	34,0	20	41,7	5	20,0	10	45,5	19,1
Psychose	46	31,7	23	46,0	11	22,9	4	16,0	8	36,4	20,4
Depression	38	26,2	5	10,0	14	29,2	11	44,0	8	36,4	29,3
Persönlichkeitsstörung	26	17,9	11	22,0	7	14,6	6	24,0	2	9,1	6,9
Suizidalität	24	16,6	5	10,0	10	20,8	6	24,0	3	13,6	-
PTSD	22	15,2	7	14,0	9	18,8	6	24,0	0	0,0	-
Schlafstörungen *	21	14,5	0	0,0	0	0,0	10	40,0	11	50,0	-
Essstörung	7	4,8	1	2,0	0	0,0	5	20,0	1	4,5	-
fehlende Werte	6		0		2		1		3		-

Anmerkung: Mehrfachnennungen möglich; Psychiatrische Diagnosen nach ICD-10; Prozentwerte geben den Anteil der Diagnosehäufigkeit innerhalb der betreffenden Stichprobe an; * = wurde im FBD durch Psychologin anhand des PSCI für die Versuchsgruppe gesondert erfasst und mit Soz.Päd. für die Kontrollgruppe nach Aktenlage und nachgewiesenen Diagnosen erhoben.

** aus Gesundheitsberichterstattung des Bundes u. Robert-Koch-Institut (Schulz et al., 2008): Diagnoseverteilungen in Fachabteilungen der Psychiatrie & Psychotherapie

M. Krägeloh, B. Köppen, E.-M. Heise 12.03.2012

Die Effekte waren vor allen Dingen bei der psychologischen Beratung hinsichtlich des psychischen Status zu sehen. Sie sehen hier auch visuell, ohne auf die Zahlen zu sehen, die deutlichen Effekte. In allen Bereichen und Kategorien, die wir untersuchen wollten, gab es signifikante Veränderungen. Auch äquivalent zu den von Frau Krägeloh dargestellten Ergebnissen sind die Vermittlungszahlen die höchsten in der ganzen Studie in der Gruppe psychisch erkrankte wohnungslose Frauen mit psychologischer Beratung und erfreulicherweise auch genau in der Vermittlung in den Bereich, wo sie zum großen Teil auch tatsächlich die beste Hilfe bekommen, nämlich in den medizinisch-psychiatrisch Bereich.



Warum nun eine Psychologin im Obdach? – Das lässt sich relativ kurz und knapp zusammenfassen. Einmal konnten wir anhand der Studie darstellen, dass es eine deutliche psychische Stabilisierung gibt. Die ist Grundvoraussetzung für weiterführende Hilfen. Es gibt ganz klare Auswirkungen auf das Sozialverhalten, weniger Hilfeabbrüche, deutliche Vermittlungserfolge. Es gibt mehr Fluktuation im Obdach, im FrauenbeDacht. Das FrauenbeDacht kann viel besser wieder als Obdach funktionieren, wenn Fluktuation da ist. Wir können die Anfragen, die Frau Krägeloh schon darstellte, besser versorgen. Die Kriseninterventions- und Notfallpsychiatrie vor Ort ist ein ganz wichtiger Aspekt bei den Störungsbildern, die wir ihnen gezeigt haben, wo gerade auch Suizidversuche, Suizidalität eine sehr hohe Prävalenzzahl hat. Wichtig war auch darzustellen, dass die Zielgruppe diese Hilfe annimmt und die Interdisziplinarität auch im Team eine wichtige Funktion hat.

Zusammenfassend zeigen die von uns dargestellten Fallzahlen die Problembereiche und die häufig in beiden Einrichtungen wie auch in den anderen Einrichtungen, die Frau Zimmermann schon erwähnte, dargestellten Arbeitsbedingungen der Kolleginnen, dass es dringenden Handlungsbedarf gibt. Wir machen uns stark für zwei weitere Personalstellen, einmal in Form einer Sozialpädagogin und einmal in Form einer Psychologin, in den vorgestellten Projekten wie auch für eine Erweiterung der Platzzahlen um zwei weitere Plätze in der Notübernachtung. Bei dieser Veränderung, vor allen Dingen des interdisziplinären Personals im FrauenbeDacht, ist interdisziplinäre Arbeit wichtig, die Grundvoraussetzung für diese Zielgruppe ist.

Martina Krägeloh (FrauenbeWegt): Was den Ausbau des Hilfesystems angeht, waren wir schon im vergangenen Jahr mit der Senatsverwaltung für Soziales im Gespräch und hoffen, dass wir das bleiben und uns weiter über die Konzeption einer Einrichtung verständigen können.

Ausbau des Hilfesystems Neues frauenspezifisches Angebot

19

- **Niedrigschwelliges Wohnhaus für psychisch erkrankte obdachlose Frauen**
 - interdisziplinäres Fachpersonal
 - Bewilligung und Kostenübernahme ohne Bedarfsprüfung nach § 53 SGB XII für zwei Monate
 - Motivation und Befähigung zur Annahme der Hilfe

M. Krägeloh, B. Köppen, E.-M. Heise

12.03.2012

Dringende Sofortmaßnahmen

20

- 1 Sozialpädagoginnen-Stelle (100% RAZ) zur Fortführung des Projekts „FrauenbeWegt“
- 1 Psychologinnen-Stelle (100% RAZ) im „FrauenbeDacht“
- zwei weitere Plätze in der „Notübernachtung für Frauen“

M. Krägeloh, B. Köppen, E.-M. Heise

12.03.2012

Worum es heute geht, haben Sie schon gehört. Die Projekte, die wir Ihnen vorgestellt haben, wird es in Kürze nicht mehr geben. Die Frage stellt sich: Können wir gemeinsam irgendeine Lösung finden, damit wir den Frauen, von denen wir wissen, dass es sie gibt, dass sie immer mehr werden und von denen wir jetzt auch wissen, dass wir sie mit zwei Projekten, die wir erprobt und die sich bewährt und als effektiv erwiesen haben, weiter dazu verhelfen, die Unterstützung zu bekommen, die sie brauchen, um in die Hilfen zu gelangen, auf die sie auch einen rechtlichen Anspruch haben? Oder ignorieren wir jetzt diese Erfolge und geben die

Frauen auf? – Wir hoffen – nicht nur als Teil des Hilfesystems, sondern auch als Bürgerinnen, die hier leben –, dass wir hier so eine große Not, die sehr offensichtlich ist, nicht einfach hinnehmen, nur weil die Frauen selbst überhaupt keine Kraft mehr haben, die Hilfen einzufordern, auf die sie einen Anspruch haben. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank auch Ihnen! – Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Michael Büge (SenGesSoz): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank für die Vorstellung Ihrer Effektstudie! Ich denke, für alle Anwesenden sprechen zu dürfen, dass diese Studie uns einen sehr guten Einblick in die momentane Situation gegeben hat. Wenn ich das aus meiner Sicht sagen darf als jemand, der diese Grundfragen schon seit einigen Jahren, auch aus anderer Perspektive, beobachten durfte, bringen Sie die wesentlichen Probleme auf den Punkt und beschreiben insbesondere eine Grundproblematik, die wir in der Tat schon seit mindestens zehn Jahren verfolgen dürfen, nämlich die strikte Trennung: auf der einen Seite die Wohnungslosenhilfe, das betreute Wohnen ggf., auf der anderen Seite die Suchtproblematik. Hier ist die Frage, wie wir mit dem psychiatrischen Leistungssystem, also den Leistungen aus diesem Bereich, umgehen und in der Zukunft umgehen müssen und wie wir diese Bereiche miteinander vernetzen können. Das hatten Sie eingangs auch sehr deutlich gesagt.

Wir haben – das will ich nicht wiederholen, Sie haben es ja ausgeführt – die unterschiedlichsten Leistungsbereiche, die Notübernachtung als niedrighschwellige Einrichtung, dann die ASOG-Einrichtungen. Eine Korrektur an der Stelle: Die sind vom Grundprinzip her gar nicht vorgesehen für Leistungen in der Form, wie Sie sie angesprochen haben, ganz im Gegenteil. Das soll von der Konzeption her eine rein freiwillige Struktur sein. Wenn ich da überhaupt irgendetwas an Leistung in Anspruch nehmen möchte, dann wäre es an der Stelle eine Komplettveränderung dieser ASOG-Struktur, wenn man da rangeht, und dann gibt es noch das Dritte, das über das Niedrighschwellige hinausgeht – was Sie auch angesprochen haben.

Ich bin etwas verwundert – das ist jetzt nicht in Ihre Richtung formuliert, sondern in die Runde insgesamt –, eigentlich schon fast ein bisschen verärgert, nachdem Sie eben auch gesagt haben, dass Sie hinsichtlich dieser Effektstudie und der damit verbundenen Inhalte mit der alten Hausleitung in intensivem Kontakt standen, dass sich das in dem von uns in weiten Teilen gespiegelten Haushalt nirgendwo wiedergefunden hat im Ergebnis – was uns im Moment vor die Situation stellt, dass sich Ihre inhaltlich aus meiner Sicht nachvollziehbaren Bitten – ich glaube, man darf das auch als Wunsch/Forderung formulieren – sich nirgendwo wieder spiegeln und nicht finanziert sind. Es wird sicherlich nicht einfach sein, wenn man das ändern will, das intern umzuschichten, weil es eine Vielzahl von wichtigen Projekten gibt. Ich will allerdings auch in die Runde sagen: Bislang liegen uns dazu, jedenfalls was das Übergeordnete betrifft, keine Anträge seitens der GEBEWO für 2012/2013 vor.

Ich glaube, Sie hatten versucht, da mit dem Bezirk Mitte voranzukommen, der das abgelehnt hat. Das entzieht sich unserer Zuständigkeit. Ich mag dieses Wort normalerweise nicht, weil die Frage von Zuständigkeiten immer so etwas Negatives in der Formulierung hat. Allerdings wäre ich z. B. ohne Weiteres bereit, den Bezirk Mitte noch mal anzuschreiben, das zu hinterfragen und zu bitten, ob er diese Entscheidung nicht noch mal überprüfen und im Ergebnis ändern könnte.

Es ist im Ergebnis eine Studie, die auf den Punkt die wesentliche Problemlage von Frauen im Wohnungslosenbereich deutlich macht, die uns auch fordert, innerhalb des jetzt zusammengewachsenen Hauses – nachdem es fünf Jahre seitens eines Bereichs nicht so viel Bereitschaft gab, in vertiefte Gespräche einzutreten, um hier voranzukommen – in die Gespräche einzutreten und insbesondere an der Schnittstelle zwischen Wohnungslosenhilfe und psychologischer Seite Schritte zu tun, um die Voraussetzungen auf Landesebene zu schaffen, um dann auch in den Bezirken die z. T. vorhandenen Konfliktlinien zwischen dem Psych-Bereich und dem Wohnungslosenbereich etwas aufbrechen zu können. – Das vielleicht einführend und ganz allgemein, ohne einzelne Punkte explizit aufzugreifen, die Sie schon ausgeführt haben.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Gibt es Wortmeldungen dazu? – Herr Kowalewski, bitte!

Simon Kowalewski (PIRATEN): Die Frage richtet sich wahrscheinlich vor allem an Frau Zimmermann. Ich wollte fragen, weil ich es als sehr schwierig empfunden habe, da irgendwelche Informationen zu finden, was jetzt eigentlich mit der Villa Lichtblick passiert ist. Das war ja ein Projekt der Treberhilfe, das zumindest dem Vernehmen nach relativ gute Erfolge hatte, auch mit Frauen, die aus anderen Projekten schon – wir haben es gesehen, das kommt häufiger vor – herausgefallen sind. Mit der Insolvenz der Treberhilfe stand das Projekt lange Zeit vor dem Aus. Jetzt hat der Diakonieverein Steglitz-Zehlendorf angekündigt, die Projekte der Treberhilfe zu übernehmen, zumindest teilweise. Ich wollte fragen, was das Schicksal der Villa Lichtblick ist, auch in Bezug auf die Immobilie. Die war zwischendurch auch evtl. Teil dieser Verhandlungsmasse. Wissen Sie – oder sonst irgendwer – etwas darüber?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Kowalewski! – Frau Sommer!

Evrin Sommer (LINKE): Das Problem wurde hier ausführlich dargestellt. Ich möchte auch im Namen meiner Fraktion den Angehörten dafür sehr danken. Ich möchte das jetzt nicht alles noch mal erwähnen, aber wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass sich auch dieser Senat in seiner Koalitionsvereinbarung verpflichtet hat, die Genderpolitik der rot-roten Regierung fortzusetzen. In diesem Zusammenhang fordere ich Sie nach wie vor auf, auch die Obdachlosenpolitik gendergerecht zu gestalten. Es ist Ihre Aufgabe, das zu tun. Das können Sie jetzt nicht einfach von sich weisen, Herr Büge! Damit müssten Sie sich auch beschäftigen, denn wir haben eine Haushaltsaufstellung, die auch genderpolitisch betrachtet wird und wo auch Ergebnisse dargestellt werden. Wenn Sie das nicht tun, würden wir Sie da immer wieder kritisieren. Es wurde auch gesagt, das Hilfesystem, das diese Zielgruppe betrifft, sei nicht so öffentlich. Diese Zielgruppe ist eher verdeckt. Es ist unsere Aufgabe, insbesondere des Parlaments, der Politik, das darzustellen. Ich finde es gut, dass heute diese Anhörung stattgefunden hat.

Dennoch möchte ich in diesem Zusammenhang noch mal ein Thema aufgreifen, womit Sie sich auch beschäftigen müssen, und zwar die Leitlinien für wohnungslose Menschen. Da ist meine Frage: Wann gedenken Sie, diese Leitlinien auf den Tisch zu packen? Oder wollen Sie sich gar nicht damit beschäftigen? Es gab ja Vorarbeiten der vorigen Senatorin. Dazu möchte ich gern einiges von Ihnen wissen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Frau Breitenbach, bitte!

Elke Breitenbach (LINKE): Ich habe zwei Fragen an die Anzuhörenden. Sie hatten eben Zahlen genannt von Frauen, die Sie abweisen mussten. Bei dem, was Sie an Sofortmaßnahmen verlangen, sind zwei zusätzliche Übernachtungsplätze drin. Da frage ich einfach mal: Würde das reichen bei der Anzahl der Frauen, die Sie abgewiesen haben? Oder wie kommen Sie auf die zwei Übernachtungsplätze?

Meine zweite Frage: In Ihrer Stellungnahme, die Sie uns geschickt hatten, steht auf Seite 3, dass Sie seit 2010 Stiftungsmittel für die beiden Modellprojekte bekommen haben. Mir ist nicht klar, wie Sie jetzt finanziert werden, also welche Stiftung Ihnen wofür wie viel Geld gibt – damit man einfach mal eine Vorstellung hat.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Frau Villbrandt!

Jasenka Villbrandt (GRÜNE): Danke! – Erst einmal bedanke ich mich bei den angehörten Personen für die gute Darstellung der Situation der Frauen, die von Obdach- bzw. Wohnungslosigkeit betroffen sind. Das war eine gute Übersicht, und ich glaube, uns ist klar, dass die Zunahme der Wohnungslosigkeit bei Frauen eine wichtige Aufgabe für uns ist, weil wir wissen, dass diese Wohnungslosigkeit auch deshalb eine besondere Tragweite hat, weil sie oft auch Kinder betrifft, nicht nur Frauen, und weil besondere Maßnahmen zur praktischen Behebung der Wohnungslosigkeit notwendig sind. Deshalb war es wichtig, dass wir uns das angehört haben.

Mir tut es leid, dass wir es als Fraktion versäumt haben, auch andere Projekte einzuladen, die seit Jahren eine sehr wichtige Arbeit im Bereich der Wohnungslosigkeit von Frauen tun. Das sind spezielle Frauenprojekte wie BORA, FrauSuchtZukunft, Affidamento, Frauenobdach PLUS+ in der Czerninskistraße, die mit Psychologinnen und Nachtpersonal arbeiten.

Sie haben das sehr anschaulich gemacht, aber ich würde gern noch wissen, wie Sie mit diesen anderen Projekten kooperieren. Wie tauschen Sie Ihre Erfahrungen miteinander aus? Welche Strukturen gibt es in dieser Landschaft? Das frage ich auch deshalb, weil z. B. die Frage der Psychologin sehr einleuchtend ist, dass man niedrigschwellige Angebote braucht. Ich komme selbst aus dem Sozialbereich, habe viel mit traumatisierten Personen gearbeitet und weiß, wie wichtig es ist, dass man jemanden hat, zu dem man die Frauen schicken kann. Andersherum ist es so, dass man die Frauen dadurch an die Einrichtung bindet. Man muss es auch von der Seite sehen. Was ist da wichtig? Welche Erfahrungen gibt es bei anderen Projekten?

Kooperieren Sie, wenn Sie die Frauen wegschicken, wenn Sie keinen Platz haben, mit den anderen Einrichtungen? Wie sind die Auslastungszahlen, und wie hoch ist die Zahl der Frauen, die man in diesen anderen Einrichtungen abweist? – Wir müssen dazu kommen, dass jede Frau, die von Wohnungslosigkeit betroffen ist, einen Platz findet. Das muss unser Ziel sein. Ich glaube nicht, dass das allein zwei Plätze lösen werden, aber wir müssen um jeden Platz kämpfen. Da haben Sie uns auf Ihrer Seite.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Frau Kofbinger, bitte!

Anja Kofbinger (GRÜNE): Vielen Dank an die Anzuhörenden! Mich interessiert auch immer das Geld. Ich bin hier zugeladen und eigentlich im Ausschuss für Arbeit, Integration und Frauen. Sie haben den Betrag von 115 000 Euro genannt, wobei das billiger werden würde, denn bis September sind Sie finanziert. Sagen Sie uns bitte gleich noch etwas zur Finanzierung über diese Stiftungsgelder. Mich interessiert, welche Folgen zu erwarten sind, wenn die von Ihnen beantragten Projekte nicht regelfinanziert werden, denn dadurch entstehen Kosten auf der anderen Seite. Wenn man Ihnen das Geld wegnimmt, ist das Problem ja nicht gelöst, sondern diese Frauen sind da, sie bleiben da und gehen woanders hin. Vielleicht können Sie das kurz darstellen, denn die interessante Frage ist, warum man Ihr Projekt jetzt weiterfinanzieren sollte.

Natürlich interessiert mich als Frauenpolitikerin, welche weiteren von Ihnen noch nicht benannten Hilfebedarfe es für Frauen in Wohnungsnot gibt. Vielleicht können Sie auch kurz etwas dazu sagen. Welche Rolle spielen geschlechtersensible Ansätze in der Psychiatrie für die Vermittlung von Frauen Ihrer speziellen Zielgruppe?

Als letzte Frage, wenn Sie das wissen: Wie lange dauert Ihrer Erfahrung nach ein Hilfeprozess für wohnungslose psychisch erkrankte Frauen mit Gewalterfahrung im derzeitigen Berliner Versorgungssystem? Sie hatten ASOG-Einrichtungen genannt, SGB XII, stationäre Therapie. – Das wären meine Fragen. Danke schön!

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Frau Kofbinger! – Herr Krüger!

Joachim Krüger (CDU): Ich habe weniger eine Frage, als dass ich mich erst mal seitens der CDU-Fraktion für die Unterlagen bedanken möchte, die Sie uns zur Verfügung gestellt haben, auch für das, was Sie ausgeführt haben. Ich möchte Ihnen signalisieren, dass wir eine sehr hohe Sensibilität bei diesem Thema haben, gerade weil – wie Sie ausgeführt haben – es sich um Personen handelt, die häufig ein Stück verdeckt auftreten müssen und gar nicht die Chance haben, sich in den Mittelpunkt zu rücken. Es ist für uns eine Verpflichtung, sich in besonderer Form zu engagieren.

Deutlich ist, dass in diesem Fall eine Gender-Betrachtung sehr vernünftig und sinnvoll ist. Wir sehen auch, dass die Bedürfnislagen, die hier entstehen, durchaus andere sind als im Bereich der Männer im Parallelfeld. Ich entnehme dem, was Sie gerade zur geringen Bearbeitung der Schnittstellen zum psychologischen Bereich auch in den Bezirken gesagt haben – Herr Büge hat es aufgegriffen –, dass hier viel zu tun ist. Wir wollen die Senatsverwaltung an dieser Stelle bitten, sich voll in die Pflicht nehmen zu lassen, weil das eine sehr wichtige Themenstellung ist, dass wir also besser ineinandergreifen und aus dieser Hochschwelligkeit ein Stück herauskommen.

Sie haben in dem, was Sie uns vorgelegt haben, sehr präzise einsichtige Wünsche formuliert. Unsere Aufgabe wird sein, in der Koalition vernünftige Wege zu finden, die letztendlich zu einer Dauerfinanzierung führen werden, denn es kann eine Anschubfinanzierung durch Spendenmittel erfolgen, aber das kann nicht der dauerhafte Charakter Ihrer Maßnahmen sein.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank! – Frau Radziwill, bitte!

Ulker Radziwill (SPD): Vielen Dank für die Anhörung auch von meiner Seite, und im Namen meiner Fraktion auch ein herzliches Dankeschön für die Unterlagen, die Sie uns gegeben haben. Ich gehe davon aus, dass wir die Power-Point-Präsentation noch zugeschickt bekommen, sodass wir diese für unsere weitere Arbeit nutzen können.

In der Tat ist die Schnittstellenproblematik eine sehr ernstzunehmende Problematik. Sie ist nicht neu, sondern eigentlich gibt sie schon seit vielen Jahren, nicht nur im Bereich der wohnungslosen Frauen, aber hier fällt es sehr deutlich auf. Es ist dringend nötig, dass wir mit konzentrierten Kräften daran arbeiten. Ich kann mich den Worten von Herrn Krüger nur anschließen, dass sich dieser Senat in die Pflicht nehmen lässt und versucht, diese Schnittstellenproblematik zu lösen. Vielleicht gibt dieser neue Zuschnitt des Senats – Soziales und Gesundheit – eine gute Chance, denn gab immer auch eine gewisse „Kommunikationsproblematik“ – so will ich es vorsichtig nennen –, und wenn es unter einem Dach ist, kann die Kommunikation, der Austausch, die Umsetzung der Zielsetzung besser sein.

Ich bin sehr gespannt darauf, wie wir den Bereich der psychisch Kranken und der Wohnungslosen „aufbrechen“ können. Ich werde das sehr gern mitverfolgen. Wir als SPD haben eine

große Sympathie dafür, und wir haben mit unserem Koalitionspartner gemeinsam eine Evaluation im Bereich der Wohnungslosenpolitik formuliert. Wir werden das in diesem Kontext dahin gehend beraten, dass wir den genderspezifischen Aspekt in diese Evaluation aufnehmen werden und zielgruppengerechter schauen, ob die Angebote vorhanden sind.

Ich will nur einen kleinen Rückblick machen, und zwar hatten wir im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen in der letzten Legislatur vorgehabt, im Bereich der Liga-Angebote, auch im Bereich der Wohnungslosenpolitik Kürzungen zu machen, und dann sind wir als Rot-Rot davon abgerückt, weil wir festgestellt haben, dass die Anzahl der Personen, die im Wohnungslosenbereich Unterstützungsbedarfe haben, aus unterschiedlichen Gründen erheblich gestiegen ist. Wir hatten damals von einer Kürzung abgesehen und sogar noch mehr Geld reingesteckt. Ich bedauere es sehr, dass wir in diesem Kontext mit einer etwas besseren finanziellen Ausstattung nicht damals schon eine Evaluation gemacht haben. Das müssen wir jetzt dringend nachholen.

Ich bin etwas vorsichtig, jetzt gleich zu formulieren, dass wir Ihre Wünsche hinsichtlich Personal und Ähnlichem sofort umsetzen werden. Wir befinden uns in den Haushaltsberatungen. Wenn man etwas an der einen Stelle zusagt, muss man wissen, woher man es nimmt. Das wissen wir zurzeit noch nicht, das will ich ganz offen sagen. Wir sind aber sehr bemüht, die Bedarfe und die Notwendigkeiten im Blick zu haben und zu schauen, wie wir Sie unterstützen können. An der Stelle möchte ich mich bei allen für die wunderbare Arbeit, die Sie vor Ort machen, bedanken!

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Frau Radziwill! – Herr Otto!

Andreas Otto (GRÜNE): Mein Name ist Andreas Otto, und ich bin als Vorsitzender des Ausschusses für Bauen, Wohnen und Verkehr hier zugeladen worden, und ich will kurz zwei Themen ansprechen. Sie sind mit der Betreuung von obdachlosen Frauen am Ende einer Kette von Dingen, die im Leben passieren können. Welche Anstrengungen empfehlen Sie uns zur stärkeren Vermeidung von solcher Obdachlosigkeit? Ich habe Ihrem Vortrag entnommen, dass es vielfach Gewalterfahrungen gibt, auch psychische Probleme usw. Ist es vielleicht trotzdem sinnvoll, da mehr zu machen? Ist es möglich, dass wir solche Frauen eher mit Beratungsangeboten in Verbindung bekommen, oder ist speziell bei den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften mehr Sensibilität erforderlich? Was kann man da machen? Vielleicht können Sie dazu noch ein paar Überlegungen äußern. Was können wir machen, damit weniger Frauen zu Ihnen kommen müssen?

Die zweite Frage habe ich eher aus statistischem Interesse. Sind die Frauen, die zu Ihnen in die Einrichtungen kommen, alle vorher in Berlin wohnhaft gewesen, oder gibt es vielleicht auch eine ganze Menge, die aus anderen Städten hierher kommen?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank! – Damit ist die Redeliste zunächst einmal erschöpft. Ich schlage vor, dass Frau Krägeloh mit den Antworten beginn.

Martina Krägeloh (Notübernachtung für Frauen Berlin): Ich würde gern meiner Kollegin, Frau Heise, das Wort geben.

Eva-Maria Heise (Notübernachtung für Frauen Berlin): Als langjährige Fachfrau – ich habe die Notübernachtung in Berlin mit aufgebaut – würde ich gern etwas zu der Frage sagen: Was wäre, wenn die Projekte, die wir jetzt angeschoben und die sich als enorm erfolgreich herausgestellt haben, nicht weiter finanziert werden würden?

Kurz zur Klärung: Wir sprechen hier von Frauen in Wohnungsnot, teilweise über Jahre und Jahrzehnte, die tatsächlich unterhalb des Berliner Hilfesystems – ich sage das, um das Bild deutlicher zu machen – leben. Wir sprechen nicht von Frauen, die eine Krankheitseinsicht haben, die die Möglichkeit haben, sich selbst zu helfen, die Beratungsstellen aufsuchen können, die wissen, wie sie mit dem Hilfesystem umgehen können, die genug soziale Kontakte haben, sondern wir sprechen hier von einer zunehmenden Zahl von Frauen, die aufgrund ihrer massiven Gewalterfahrungen in der Lebensbiografie aus der Gesellschaft gestoßen wurden, gefallen sind und ganz unten sind mit massiven sozialen und seelischen Problemen. Das sind die Frauen, mit denen wir in Kontakt treten. Die Notübernachtung für Frauen mit ihren acht Plätzen, ist die einzige Stelle in Berlin und Brandenburg, wohin sich Frauen letztendlich wenden können, wenn sie sagen: Okay, ich würde schon mal gern wieder in einem Bett schlafen – oder: Ich möchte gern mal ein Gespräch –, letztendlich: Ich möchte auch Respekt. – Es sind überwiegend Bürgerinnen dieser Stadt, von denen wir sprechen. Es sind Berlinerinnen, die dieses Angebot sehr stark nutzen.

Zur Kooperation mit anderen Frauenprojekten: Selbstverständlich kooperieren wir mit dem gesamten Hilfesystem, mit allen, was die Stadt Berlin zur Verfügung stellt. Frauen in dieser Lebenslage haben bis zu sechs, teilweise auch mehr, Problemlagen, die wir versuchen, in einer Art Clearing aufzuklären. Das heißt, wir können gar nicht alles leisten. Dieses Clearing ist die Arbeit, die wir machen. Über die Projekte hatten wir erstmalig überhaupt die Idee: Wenn wir mehr Zeit hätten, können wir die Dinge anders klären. – Diese Chance haben wir über die Projekte bekommen, und genau das war so gigantisch fruchtbar und hat es mehr Frauen als in den Anfangsjahren Hilfe ermöglicht.

Ich würde gern alle vertretenen Parteien und Sprecher und Sprecherinnen bitten, diesen Appell, den wir heute eingebracht haben, wirklich ernst zu nehmen. Es handelt sich hier um die Ärmsten der Armen. Das ist kein Witz. Diese Arbeit ist hammerhart, und das größte Lob, das die Frauen uns aussprechen, ist: Gut, dass es euch gibt! Gut, dass wir zu euch gefunden haben, und nur durch euch haben wir erst wieder einen Boden unter den Füßen. – Das klingt möglicherweise enorm emotional, aber das ist genau das – und das haben wir die Projektmittel in zunehmend mehr Fällen durch erreicht –, was die Stadt den Frauen bieten sollte.

Britta Köppen (FrauenbeDacht, GEBEWO): Ich würde gern zu zwei Punkten etwas ergänzen, einmal zu den kooperierenden Einrichtungen: Es sind nicht nur die Einrichtungen, die Sie vorhin teilweise benannten, sondern das ist der Berliner Krisendienst, mit dem wir regelmäßig, fast wöchentlich zu tun haben, das ist der Sozialpsychiatrische Dienst, und es sind die Kliniken, nicht nur in einem Bezirk, nicht nur in Mitte, wo wir unseren Standort haben, sondern in allen Bezirken, weil es die Regelung gibt, dass eine wohnungslose, obdachlose Frau bei uns in FrauenbeDacht, wenn sie beispielsweise nach § 53 SGB XII vermittelt werden möchte, in ihren Herkunftsbezirk, das heißt, dort wo die letzte Meldeadresse war, hinvermittelt werden muss. Wir haben es mit Hilfeprozessen zu tun, wo wir teilweise mit zwei, manchmal sogar drei verschiedenen Bezirken verhandeln. Man muss das auch „verhandeln“ nennen. Die Frauen, die dort in Steuerungsgremien vorgestellt werden, werden häufig als Ers-

tes nach der Zuständigkeit gefragt, und der Grund, warum Hilfeprozesse häufig so lange andauern, ist, dass die Steuerung in dem einen Bezirk stattfinden muss, und wenn dort keine entsprechende Hilfe angeboten werden kann bzw. die Frau es schafft, es so deutlich zu platzieren, dass sie nicht in den Bezirk zurück möchte, weil genau dort die Gewalterfahrungen stattgefunden haben, ist sie der nächsten Steuerung im nächsten Bezirk ausgesetzt, meistens bei uns in Mitte, weil wir die besten Beziehungen zu der psychiatrischen Versorgung haben.

Zu der Frage nach der Bindung: Wir haben anhand der Prävalenzahlen der Störungsbilder darstellen können, dass wir es hier mit den schwersten Störungsbildern im ICD-10 zu tun haben. Das sind an einer Psychose erkrankte Frauen, das sind Frauen, die über Jahre hinweg in einem chronifizierten Zustand schon verschiedenste psychiatrische Hilfen zu nutzen versucht haben, gescheitert sind, aus Psychiatrien geflüchtet sind. Bindung ist das Elementarste. Der Aufbau einer vertrauensvollen Beziehung ist das Grundlegendste, um einen Hilfeprozess an diesem Ort und in diesem Ausmaß mit dieser Länge beginnen zu können.

Die Zahlen unserer Effektstudie zeigen auch, dass, wenn es Wohnungen gibt – und da komme ich zu Ihrer Frage –, die für Hartz-IV-Empfänger in annehmbaren Gegenden zur Verfügung stehen, dann ziehen unsere Frauen in eine eigene Wohnung. In meiner Gruppe der Frauen mit psychologischer Beratung waren es neun, die in eine eigene Wohnung ziehen konnten. Das war allerdings noch im Jahr 2010. In den letzten Vermittlungsversuchen 2011 haben wir bei den Frauen nicht mehr die Vermittlungssituation, dass man von leichter Vermittlung in eigenen Wohnraum sprechen kann. Wir sind darauf angewiesen, dass wir im Bereich des § 53 SGB XII bedarfsgerecht vermitteln, und dort ist die Platzzahl noch gruslicher, weil der sozialpsychiatrische Dienst 350 Plätze – am Beispiel Mitte – zur Verfügung und bis zu 500 Anfragen hat. Da sind Wartezeiten vorprogrammiert.

Ein letzter wichtiger Punkt, der mir noch auf dem Herzen liegt, ist die Schnittstelle psychischer Bereich – Wohnungslosenhilfe, die hier angesprochen wurde, denn das ist eine Zielgruppe, die von keinem Bereich allein versorgt werden kann, weder von der Wohnungslosenhilfe noch von der Psychiatrie. Auch die Psychiatrie kommt an ihre Grenzen mit Frauen, die nach dem – ich nenne es jetzt einmal so – „Drehtüreffekt“ wieder und wieder für zwei, drei Wochen stationär aufgenommen und nicht adäquat vermittelt werden können.

Frau Kofbinger! Zu Ihrer Frage nach der Wohnungslosenhilfe: Was würde passieren, wenn es im FrauenbeDacht keine Psychologin mehr geben würde? Nach aktuellem Stand ist das ab September der Fall. Dann müsste das Team aus Sozialpädagoginnen im FrauenbeDacht entscheiden, die Frauen, die bei Aufnahme offensichtlich eine psychische Erkrankung haben so schnell es geht abzuweisen, und wenn es geht, noch am gleichen Tag zurück ins Hilfesystem zu geben, weil es bei 36 Frauen im Haus mit sozialpädagogischer Kraft nicht machbar ist – es ist eine immense Kraft, die es in dem Haus gibt –, diese adäquat zu versorgen. Wenn sich das Team entscheiden sollte, trotzdem Frauen aufzunehmen, weil der Hilfebedarf so groß ist oder weil die Obdachlosigkeit schon über Jahre anhielt und die Frau endlich einen Platz gefunden hat, wäre es wichtig, den Bereich des § 53 SGB XII weiter auszubauen. Wenn es eine Psychologin im FrauenbeDacht nicht mehr geben sollte, kann man davon ausgehen, dass die Frauen, von denen wir hier sprechen, wieder auf der Straße landen bzw. bei den Kolleginnen mit ihren zehn Plätzen in der Notübernachtung.

Martina Krägeloh (Notübernachtung für Frauen Berlin): Ich möchte auf die Frage nach den zwei Plätzen antworten. Das ist tatsächlich das, was wir im Moment als dringendste Sofortmaßnahme auch umsetzen könnten, ohne eine neue Einrichtung aufzumachen. Wir können bei uns in der Notübernachtung für Frauen räumlich zwei weitere Plätze anbieten. Deswegen haben wir das so genannt. Es ist auch wichtig, dass die Einrichtungen nicht zu groß werden. Es ist für die Frauen wichtig, dass es ein relativ überschaubarer Rahmen ist, gerade weil die Gruppe relativ eng zusammen ist. Die Größe ist gut, gern eine weitere Notübernachtung für Frauen, die aber mit relativ wenigen Plätzen ausgestattet wäre.

Die Finanzierung: Die Notübernachtung selbst ist aus dem ISP finanziert, und das Projekt FrauenbeWegt gar nicht. In der niedrigschwelligen Wohnungslosenhilfe ist die Notübernachtung für Frauen das einzige Projekt für Frauen, das aus einer Zuwendung finanziert wird. Wenn man den Wunsch hat, da eine Gender-Gerechtigkeit zu schaffen – – Mir ist bewusst, dass man woanders etwas wegnehmen muss, auch um das FrauenbeWegt weiterzufinanzieren, aber wir haben nur ein Projekt für Frauen, das finanziert wird. Vielleicht kann man irgendwo was finden, um noch ein zweites im Vergleich zu allen anderen gemischtgeschlechtlichen zu finanzieren.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Frau Zimmermann!

Ina Zimmermann (Wohnungslosenhilfe des Diakonischen Werkes): Zur Frage nach der Villa Lichtblick: Die Treberhilfe wurde vom Diakonieverein Zehlendorf als Gesamtpaket übernommen. Der Diakonieverein ist rechtlich selbstständiges Mitglied des Diakonischen Werkes Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz. Deshalb kann ich zu den Details, warum welche Pakete wie geschnürt wurden, keine nähere Auskunft geben. Da müssten Sie sich direkt an den Diakonieverein wenden.

Zu der Frage nach der Finanzierung möchte ich ergänzen, dass die Finanzierung des FrauenbeWegt und FrauenbeDacht durch Spendenmittel eines privaten Spenders zustande gekommen ist. Der Spender möchte nicht genannt werden. Das ist ein Spender, der mit dem Diakonischen Werk eng zusammenarbeitet und innovative neue Projekte fördert, die anders nicht finanziert werden können.

Zu den weiteren Bedarfen: Ich denke, es sind weitere ASOG-Einrichtungen speziell für Frauen notwendig, und es sind Einrichtungen der Eingliederungshilfe nach § 53 SGB XII nötig, auch speziell für Frauen.

Zur Frage, wie möglicherweise Vermieter oder die städtischen Wohnungsbaugesellschaften Wohnungslosigkeit vermeiden könnten: Zum einen brauchen wir dringend mehr Wohnungen. Also, Punkt 1 wäre der Wohnungsbau. Punkt 2 ist: Es wäre notwendig, dass die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften auch dieser Klientel Wohnraum vermitteln, d. h., wenn ein Schufa-Eintrag besteht oder nicht immer die Mietschuldenfreiheitsbescheinigung vorgelegt werden kann, dass auch diese als Mieter in Betracht zu ziehen sind, um die Obdachlosigkeit zu vermeiden.

Der dritte Punkt: Private Wohnungsbaugesellschaften bieten teilweise schon eigene Mietschuldnerberatung in Kooperation mit Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege an. Auch da

können wir gern miteinander ins Gespräch kommen, wie man gemeinschaftlich eine unterstützende Mietschuldnerberatung aufbauen könnte.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Frau Zimmermann! – Frau Villbrandt! Sie hatten sich noch mal gemeldet.

Jasenka Villbrandt (GRÜNE): Ich habe mich noch mal gemeldet, weil ich eine Sache vergessen habe. Es geht um diesen Fall im Bezirk Mitte, den Herr Büge angesprochen hat. Wir wissen alle, dass die Bezirke bei den Haushaltsberatungen eine sehr schwere Position haben und an ihre Grenze stoßen, was die Mittel angeht. Vor allem, wenn wir Mitarbeiterinnen von Projekten hier haben, die das jetzt hören, ist es seriös, nicht nur zu sagen: Wir schreiben jetzt einen Brief an den Bezirk Mitte und sagen: Finanziert bitte diese Projekte! –, sondern dann muss gleichzeitig gesagt werden, dass es nicht so einfach geht und dass der Senat dafür zuständig ist, was die Bezirke an Mitteln bekommen. Das ist die eine Sache.

Dann möchte ich gern etwas zur Treberhilfe sagen: Ich hätte auch gern erfahren, was genau in diesem Paket gewesen ist. Frau Zimmermann! Das können Sie vielleicht nicht sagen, aber sicherlich der Senat. Vielleicht sollten wir bei der Auswertung dieser Anhörung darüber reden und informiert werden.

Drittens noch eine Frage an die Frauen. Vielleicht kann das noch eine von Ihnen beantworten. Wir haben bis jetzt nicht über den Migrationshintergrund der Frauen geredet. Spielt das eine Rolle bei Ihrem Projekt? Haben Sie Frauen mit verschiedenen Migrationshintergründen? Wie leisten Sie spezielle psychologische Beratung für diese Gruppe?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Wer von Ihnen möchte antworten? – Frau Köppen!

Britta Köppen (FrauenbeDacht, GEBEWO): Zur psychologischen Beratung kann ich sagen, dass die Frauen, die in FrauenbeDacht sind und einen Migrationshintergrund haben, in der Minderzahl sind. Das zeigt auch unsere Studie. Das sind wenige Frauen. In meinen zweieinhalb Jahren Beratung gab es zwei Beratungen, die ich in Englisch abgehalten habe. Also, wenn das gewünscht wurde, ist das auch so passiert. Es ist möglich gewesen, aber es ist dennoch kein primäres Thema in der Einrichtung.

Eva-Maria Heise (Notübernachtung für Frauen Berlin): Ganz kurz: Die Notübernachtung für Frauen sind zwei Projekte. Wir werden nicht von Frauen mit Migrationshintergrund oder aus Osteuropa überlaufen. Das ist interessant. Es sind auch wenig türkische Frauen. Ungefähr 20 Prozent sind Klientinnen mit einem Migrationshintergrund, von denen viele schon lange Jahre in Berlin leben. Im Grunde hat sich die Integration nie so verwirklicht, wie sie sollte. Insofern ist das kein Problem, das noch dazu kommt.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank! – Jetzt möchte der Herr Staatssekretär antworten. – Bitte!

Staatssekretär Michael Büge (SenGesSoz): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an alle für die teilweise guten Anregungen! Ich versuche, die Punkte in einer gewissen Reihenfolge abzuarbeiten. Ich fange bei Frau Villbrandt an und muss eine kleine Korrektur vornehmen. Nicht der Senat beschließt den Haushalt, sondern Sie als Abgeordnete beschließen

den Haushalt, wenn ich mir erlauben darf, das zu sagen. Insoweit ist das Ihre Entscheidung, das am Ende auf den Weg zu bringen oder nicht. Ich dachte mir nur bei dem Punkt, dass es sich im kollegialen Miteinander nicht verkehrt ist, noch mal auf diesen Punkt aufmerksam zu machen. Da ich mich mit den Kolleginnen und Kollegen auf der bezirklichen Ebene aus der alten Zeit heraus gut verstehe, denke ich, wird das auch genauso aufgenommen und dementsprechend vor Ort abgewogen werden, sicherlich vor dem Hintergrund – wenn ich das mit einem Schmunzeln im Gesicht sagen darf – Ihrer Entscheidung, die Sie in Ihrem Haus treffen werden.

Vielleicht noch ein grundsätzlicher Punkt, der schon angedeutet wurde, den man auch deutlich sagen muss. In den letzten Jahren haben wir wieder eine Zunahme an Menschen, die wohnungslos geworden sind, feststellen müssen. In der Zeit um die Jahrtausendwende war es mal anders herum. Das Problem ist, dass wir über die Einrichtungen im Grunde keine vernünftigen statistischen Erhebungen vornehmen können, weil viele von denen, die wohnungslos sind, an einzelnen Tag auch mehrere Stellen anlaufen, sodass es zu Doppelzählungen und Ähnlichem kommen kann. Vom Aufwand her ist das in der praktischen Umsetzung, wenn in der Spitze fünf, sechs niedrigschwellige Angebote genutzt werden, ausgesprochen schwierig. Das ist jedenfalls die Erfahrung, die uns von Einrichtungen vor Ort immer wieder mitgeteilt wird. Insoweit ist es schwierig, konkrete Zahlen festzustellen, und deswegen schwanken sie in der Diskussion, wie wir es im Zusammenhang mit der Kältehilfe vor einigen Wochen schon mal angesprochen hatten, doch immer sehr stark.

Nichtsdestotrotz – das lässt sich zusammenfassend feststellen – haben wir eine steigende Zahl. Das ist auch optisch schon zu beobachten. Es ist auch zu beobachten, wenn wir uns beispielsweise das geschützte Marktsegment anschauen und die damit gestiegene Nachfrage. Es gibt entsprechende Indikatoren, die das deutlich machen.

Es kommt aber – vielleicht war es gar nicht verkehrt, dass absolute Zahlen gar nicht diskutiert oder angesprochen wurden – nicht auf die absoluten Zahlen, sondern auf den Umgang mit der Situation an. Ich sehe bei den Anzuhörenden – aus unserer jeweiligen Sicht richtigerweise – das entsprechende Kopfnicken. Da muss man in der Tat ran.

Ich war sehr dankbar, dass Frau Sommer nicht zugehört hat, denn Sie hatte mir unterstellt, dass ich nicht bereit wäre, mich einzusetzen. Ich hatte explizit – ich danke dafür, weil ich das nochmal betonen darf – als für Soziales zuständiger Staatssekretär im Haus ausdrücklich betont, dass wir in diesem Bereich etwas tun müssen, sicherlich nicht an der alten Hausleitung anknüpfend, denn wenn wir die Kontinuität im Nichtstun fortführen, haben wir an der Stelle ein Problem. Ich hoffe, dass wir einen großen Schritt vorankommen, auch was das Zusammenspiel betrifft.

Ich erinnere mich gern an eines der wesentlichen Dinge in meiner alten Funktion – das will ich an der Stelle anmerken –, die das auch deutlich macht: Wir haben in Neukölln seit einigen Jahren – ich glaube, seit zweieinhalb Jahren – eine Einrichtung für Frauen bzw. Frauen mit Kindern, die wohnungslos geworden sind. Damit bin ich bei einem Punkt, der hier, ich glaube, fast schräg rübergekommen ist, auch wenn es nicht so gemeint war. Sie haben es deutlich gesagt, aber wir haben nicht nur die acht Plätze der Notübernachtung, sondern wir haben darüber hinaus einiges an Plätzen. –[Eva-Maria Heise (Notübernachtung für Frauen Berlin): Es gibt nur eine Notübernachtung!] – Es wurde in der Diskussion ein bisschen auf diesen Punkt minimiert. Insoweit gibt es schon eine relativ große Bandbreite an Angeboten, auch vor dem Hintergrund, dass wir für uns feststellen müssen, dass die Angebote der letzten Jahre in der Tat sogar von den jeweiligen Trägern in den jeweiligen Bereichen insgesamt reduziert wurden – das umfasst den gesamten Bereich des betreuten Einzelwohnens, der Gruppenwohnungen, der Übergangshäuser usw. –, da die Nachfrage über die Jahre zwischenzeitlich sogar zurückging und offensichtlich ein nicht unwesentlicher Anteil zwischenzeitlich – zumindest nach den Zahlen, die uns vorliegen – die gemischten Einrichtungen vorrangig genutzt hat und nicht die spezifischen Einrichtungen. Ich kann nicht beurteilen, woran das liegt, aber zumindest ist

das zahlenmäßig ein Ergebnis, dass sich möglicherweise jetzt wieder umdrehen kann oder wird, gar keine Frage, aber was der aktuelle Zahlenstand so nicht hergibt.

Was an Ihren Aussagen in der inhaltlichen Umsetzung oder Herangehensweise aus meiner Sicht – das will ich auch ausdrücklich betonen – nichts ändert. Das ändert nichts daran, dass diese Schnittstellenproblematik, die Sie Frau Köppen gerade sehr deutlich betont haben, angepackt werden muss, wo es bis 2004 Diskussionen in dem damaligen Haus Gesundheit und Soziales – ich glaube, Verbraucherschutz war damals noch dabei – gab und wozu es dann fünf Jahre lang keine Gespräche gegeben hat, um insbesondere in dem Bereich, den Sie mit Bereich des § 53 SGB XII umschrieben haben, einen großen Schritt weiterzukommen.

Ich will noch auf ein paar Einzelpunkte eingehen, die hier und da angesprochen wurden. Wenn wir konkret über die Notübernachtung mit ihren acht Plätzen und die Situation vor Ort sprechen – ich denke, unter anderem deswegen sind die Mitglieder des Bauausschusses heute hier –, ist uns mitgeteilt worden, dass dort vor Ort eine Platzerweiterung nicht möglich ist. Insoweit müsste man als Einrichtung – gegebenenfalls die GEBEWO oder andere, die in solchen Bereichen tätig sind – überlegen, wie sie mit der Situation umgehen. Sie schütteln den Kopf? Wir haben die Information jetzt von der GEBEWO erhalten und den Hinweis, dass eine Platzerweiterung in den Räumen am jetzigen Standort der Notübernachtung für Frauen nicht möglich ist. – Das ist ein Originalsatz, den ich so bekommen habe, und der nicht aus der Luft gegriffen ist.

Ein Zuwendungsantrag – das will ich an der Stelle auch noch mal allen sagen – für mehr Personal oder auf Genehmigung einer anderen Immobilie – das wäre die Konsequenz, unabhängig davon, dass das gegebenenfalls mit Mehrkosten verbunden wäre – wurde von der GEBEWO bislang noch nicht gestellt, jedenfalls nicht bei der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales. Inwieweit sich die GEBEWO bemüht – die Psychologinnenstelle ist über Drittmittel finanziert –, gegebenenfalls eine Fortführung zu erhalten, ist uns bislang nicht bekannt.

Dann noch einmal etwas, das ganz deutlich gesagt wurde, unter anderem von Frau Radziwill, aber auch schon von Herrn Krüger. Ich will es noch einmal aufgreifen. Es war unter der alten Hausleitung so ausgestaltet worden. Vorhin hatten wir die Frage, welche Projekte sich positiv oder weniger positiv – MUT war ein Thema – darstellen. Ich persönlich muss sagen: Die Projekte, die ich gesehen haben, sind in ihren Teilbereichen alle wertvoll. Es sind alle wertvoll, die im ISP stehen. Wir haben aber die Situation, dass die Finanzmittel noch bis 2015 – so die Vereinbarung der alten Legislaturperiode – gedeckelt sind. Es wurde sehr deutlich gesagt, dass jede Finanzaufstockung für ein Projekt – das ist das Ausgangsproblem, dass wir vor 103 oder 104 Tagen, wie lange es jetzt her ist, übernommen hatten – gekürzt oder gegebenenfalls gestrichen werden muss.

Mit der Frage muss man sich dann in der Abwägung auseinandersetzen, denn – das sage ich gern noch mal – gerade dieser Bereich, den Sie hier vertreten, den Sie verantworten, den Sie bearbeiten, wo Sie nach Lösungen suchen, ist ein ausgesprochen wertvoller für uns, aber auch für die Gesellschaft insgesamt. Das ist aus meiner Sicht zweifelsfrei, das gilt aber leider für andere viele Projekte auch. Also, das ist eine momentan eine ganz schwierige Situation, aber sie muss deutlich angesprochen werden. Ich denke, es ist sicherlich richtig gewesen, dass das

aus dem Kreis der Abgeordneten gesagt wurde. Aber wir sind die Senatsverwaltung. Insoweit ist es unsere Aufgabe, das an der Stelle auch noch mal anzusprechen.

Insoweit hoffe ich, dass wir gerade vor dem Hintergrund der heutigen Diskussion insbesondere die Schnittstellenproblematik anpacken und dort in den nächsten Monaten vernünftige Lösungen entwickeln können und werden. Uns wäre in der praktischen Umsetzung – Sie haben es betont, ich betone es trotzdem noch mal – im Ergebnis geholfen, um einen großen Schritt weiterzukommen. Ich persönlich bin froh – das will ich allerdings auch zum Abschluss sagen –, dass wir – das habe ich insbesondere aus den Äußerungen von Herrn Krüger, Frau Radziwill und Frau Villbrandt herausgehört – die Unterstützung aus dem Plenum heraus haben, dass wir Sie an der Stelle an unserer Seite wissen, um gemeinsam inhaltlich voranzukommen, in der Hoffnung, dass die zunehmende Zahl von Wohnungslosen, insbesondere wohnungslosen Frauen, insbesondere mit psychischen Problemen in den nächsten Jahren signifikant sinkt. Das muss unser gemeinsames Ziel sein.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Mit Hinweis auf die Uhrzeit würde ich diese Anhörung gern langsam beenden, aber Herr Spies hat sich gemeldet. – Bitte, Herr Spies!

Alexander Spies (PIRATEN): Ich mache es ganz kurz. – Ich gehe davon aus, dass sich hier eine Lösung finden wird. Herr Staatssekretär! Was Sie mit langen Worten gesagt haben, sehe ich nicht ein. Auf der einen Seite geht es um Geld, aber auch um das Engagement der Frauen, die hier sitzen. Mein Eindruck ist, dass das mit Geld gar nicht zu bezahlen ist, dass es Menschen gibt, die sich um die Ärmsten der Armen kümmern und sich dieser ganzen Situation aussetzen. Das ist eine ganz schwere Arbeit, die man nicht mit Geld aufwiegen kann.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Herr Spies! Wir haben noch Gelegenheit, die Anhörung zu besprechen. Ich würde vorschlagen, dass wir das auch machen, und Sie jetzt eine Frage stellen, die Sie möglicherweise noch haben.

Alexander Spies (PIRATEN): Das wollte ich an der Stelle nur einmal sagen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Ich danke Ihnen! – Frau Sommer!

Evrin Sommer (LINKE): Herr Büge hat meine Frage nicht beantwortet. Wann wollen Sie die Leitlinien für wohnungslose Menschen vorlegen, Herr Büge!

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Herr Staatssekretär, bitte!

Staatssekretär Michael Büge (SenGesSoz): Frau Sommer! Es war ja mein Hinweis, dass wir nicht in der Kontinuität der alten Hausleitung das Nichtstun weiterbetreiben wollen. Es ist uns nämlich nichts Vernünftiges übergeben worden. Dementsprechend fangen wir aus meiner Sicht fast bei null an. Wir werden uns aber bemühen und sind bestrebt, so schnell wie möglich Leitlinien vorzulegen. – [Zurufe] – Ja, das stimmt. Wir haben nicht mal eine Aktenübergabe erfahren. Diese Art der Hausleistungsübergabe im Sozialbereich hat wahrlich Gesicht gehabt. Ich muss gestehen: Für ein gedeihliches Miteinander war das nicht positiv. Deswegen noch mal: Da werden wir ansetzen. Da werden wir in der Tat etwas vorlegen, aber wir fangen im

Grunde bei null an, weil es nichts Substanzielles in diesem Haus gab, das uns vorgelegt werden konnte.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Die Diskussion über dieses Thema ist damit nicht beendet. Die heutige Anhörung erkläre ich jetzt für beendet. Ich danke Ihnen noch mal für Ihr Erscheinen und für Ihre Statements!

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Versorgungsgesetz – Konsequenzen und Umsetzung in Berlin
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU)

[0011](#)
GesSoz

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Situation der Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen nach Änderung beim Kontopfändungsschutz
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU)

[0016](#)
GesSoz

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.